

## Unterrichtung

Hannover, den 23.03.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages  
- Landtagsverwaltung -

### Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

#### Verwaltungsdigitalisierung: Ziel verfehlt

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 4 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass die Verwaltungsdigitalisierung eine notwendige und sehr umfassende Aufgabe ist, die im Hinblick auf Gewichtung, Planung und stringenter Umsetzung noch weiter zu intensivieren ist.

Er fordert die Landesregierung auf, die Digitalisierung in den Fokus des Handelns zu setzen und die vorhandenen Teilkonzepte in ein Gesamtkonzept zu überführen, das alle Verwaltungsbereiche gleichermaßen umfasst. Dabei sind die IT-Strategie und der Handlungsplan der Landesregierung zu aktualisieren, auszubauen und konsequent umzusetzen. Hierbei sind sowohl technische Aspekte, wie beispielsweise die IT-Architektur, als auch personalwirtschaftliche und finanzielle aufzugreifen.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 21.03.2023

Die Digitalisierung der Verwaltung ist weiterhin eine notwendige, dringliche und sehr umfassende Aufgabe, die im Fokus des Handelns der Landesregierung steht. Nur mit einer modernisierten digitalen Unterstützung wird die Verwaltung zukünftig ihre Aufgaben erledigen können. Außerdem ergibt sich aus diversen gesetzlichen Regelungen die Verpflichtung zur Einführung der digitalen Verwaltung.

Die Landesregierung hat seit Beschluss in zahlreichen Projekten die Verwaltungsdigitalisierung weiter vorangetrieben. Insbesondere im Programm Digitale Verwaltung in Niedersachsen (DVN) wurden neue Onlinedienste bereitgestellt, z. B. Basisdienste wie das niedersächsische Verwaltungsportal ausgebaut sowie viele weitere Maßnahmen durchgeführt.

Im Rahmen seiner Verantwortung für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im Themenfeld „Gesundheit“ hat Niedersachsen als erstes Bundesland die Entwicklung aller dort vorgesehenen Onlinedienste rechtzeitig bis Ende 2022 abgeschlossen. Die Onlinedienste werden bundesweit anderen Ländern und Kommunen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Die Nutzung der Online- und Basisdienste konnte erheblich gesteigert werden. So hat sich z. B. die Anzahl der registrierten Nutzerinnen und Nutzer des niedersächsischen Servicekontos allein im letzten Quartal 2022 um 63 % auf 75 691 erhöht. Auch die Einführung der elektronischen Aktenführung konnte zügig erweitert werden. Im letzten Quartal 2022 ist die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer um 23 % auf 13 400 gestiegen. Diese Entwicklungen haben sich im Jahr 2023 fortgesetzt.

Neben der Fortführung und Erweiterung bestehender Projekte hat die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Sport auch die Fortentwicklung von IT-Strategie und Handlungsplan intensiv vorangetrieben. Es liegt nun der Entwurf einer neuen Strategie „Digitale Verwaltung 2030“ vor, der zurzeit mit den Ressorts abgestimmt wird. Hierauf aufbauend entsteht zurzeit ein neuer Handlungsplan zur weiteren Einführung der digitalen Verwaltung. Dieser wird voraussichtlich zum einen festlegen, dass die laufenden Vorhaben wie der Ausbau der Onlinedienste, die Fortentwicklung der Basisdienste oder der weitere Rollout der eAkte weiter fortgeführt werden. Zum anderen wird er neue Vorhaben beschreiben, um insbesondere die verwaltungsinternen Fachverfahren weiter auszubauen und so eine optimierte Ende-zu-Ende-Digitalisierung zu erreichen. Der Handlungsplan

wird die Grundlage schaffen, um in zahlreichen bestehenden und neuen Projekten die Verwaltungsdigitalisierung konsequent fortzuführen.

Ergänzt wurden und werden die Arbeiten an Strategie und Handlungsplan durch informationstechnische, personalwirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen. So ist die Etablierung eines landesweiten IT-Architekturmanagements geplant und erprobt worden. Auch personalwirtschaftliche Maßnahmen wurden getroffen, z. B. die Personalaufstockung und Neustrukturierung in der CIO-Stabsstelle und beim Landesbetrieb IT.Niedersachsen sowie die Einrichtung von Ressortkoordinatorinnen und -koordinatoren in den Ministerien. Die finanzielle Ausstattung für die Verwaltungsdigitalisierung wurde durch die Freigabe von IT-Mitteln des Bundes für 2023 verbessert. Außerdem stehen der Landesregierung in 2023 für die aktuellen IT-Vorhaben weitere Mittel aus verschiedenen Ansätzen zur Verfügung.

(Verteilt am 23.03.2023)